

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Herr Guy Parmelin
Bundespräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 15. Juni 2021
372

**Änderung der Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19)
(Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung)**

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung; SR 837.033).

Wir sind mit der vorgeschlagenen Verordnungsänderung einverstanden. Die Erhöhung der Höchstdauer für den Bezug von Kurzarbeitsentschädigung (KAE) auf 24 Monate sowie die Verlängerung des vereinfachten Verfahrens und die Verlängerung des Anspruchs auf KAE für zusätzliche Personengruppen erachten wir angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Krise als sinnvoll.

Ausdrücklich begrüssen wir die schrittweise Abschaffung der Sonderregelungen und die ersten Schritte zur Rückkehr zum ordentlichen Verfahren, wie die vorgesehene Wiedereinführung der Karenzzeit, obschon diese mit nur einem Tag minim ausfällt. Wir hoffen auch sehr, dass die Verlängerung des vereinfachten Verfahrens letztmals nötig ist und ab Oktober 2021 Gesuche um KAE wieder umfassend begründet werden müssen.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber